



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. September 2016  
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

### **A 160 Anfrage Roos Guido und Mit. über die Breitbandversorgung im ländlichen Raum / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Guido Roos ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Guido Roos: Am 8. September 2016 fand auf dem Pilatus das Wirtschaftsforum der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz statt. Dabei haben die Unternehmer und die Wissenschaftler intensiv über die Vorteile, Chancen und Risiken der Digitalisierung diskutiert. Zwei Tatsachen sind heute schon bekannt. Erstens: Die Digitalisierung wird sowohl die Gesellschaft wie auch die Wirtschaft stark fordern und verändern, gleichzeitig ergeben sich dadurch aber auch neue Chancen. Zweitens: Um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können, benötigen alle die entsprechenden Rahmenbedingungen. Eine der zentralen Rahmenbedingungen sind schnelle Datennetze, also die Breitbandversorgung. Eine gute Erschliessung mit Breitband, am besten mit einem Glasfaserkabel, ist für alle Bewohner und Unternehmer des Kantons sehr wichtig. Wie präsentiert sich die Situation heute? In dichtbesiedelten Gebieten ist eine Geschwindigkeit von 100 MBit/s praktisch Standard. Aus technischer Sicht wären heute sogar 1000 MBit/s möglich. Wie sieht es aber im ländlichen Raum aus? In vielen Ortschaften ist die Versorgung mit 20 bis 50 MBit/s recht gut. Die gesetzliche Grundverankerung beträgt jedoch nur 2 MBit/s. Erhalten aber auch alle im Kanton diese vorgeschriebenen 2 MBit/s? Nein, denn es gibt Haushalte mit weniger als 0,1 MBit/s. Was macht man in so einem Fall? Man kann bei der Swisscom eine bessere Grundversorgung anfordern, was sich aber äusserst mühsam gestaltet. Viele Betroffene kennen zudem ihre Rechte diesbezüglich nicht und wissen nicht, wie sie einzufordern sind. Was erleben die Gemeinden bezüglich der Breitbandgrundversorgung? Sie werden teilweise von grossen Telekommunikationsanbietern eingeladen, sich finanziell an der Breitbanderschliessung eines Quartiers zu beteiligen. Das Verhandeln mit diesen Partnern gestaltet sich für die Gemeinden teilweise sehr anspruchsvoll. Gemäss dem Motto des Regierungspräsidenten ist der Kanton Luzern ein Innovationsmotor. Deshalb könnte der Kanton eine Vorreiterrolle mit einer flächendeckenden Breitbandversorgung übernehmen, um so weitere Innovationen auszulösen. Ich bin mit den Schlussfolgerungen des Regierungsrates, wonach im Kanton Luzern bezüglich der Thematik Breitbandversorgung kein Handlungsbedarf bestehe, nicht einverstanden. Meiner Meinung nach besteht in dreifacher Hinsicht Handlungsbedarf. Zusammen mit den Netzbetreibern muss die gesetzliche Grundlage von 2 MBit/s sichergestellt werden. Die Gemeinden müssen mit Know-how beim Umgang mit Telekommunikationsanbietern unterstützt werden. Zudem muss sich der Kanton beim Bund für eine höhere Grundversorgung von 8 MBit/s einsetzen. Ich behalte mir vor, diesbezüglich ein Postulat einzureichen.

Vroni Thalmann-Bieri: Mit dem Breitband werden Daten schnell und effizient befördert. Der Kanton muss sich diesbezüglich bewegen und aktiv zusammen mit der Swisscom die

Mindestversorgung anpeilen. Nicht zuletzt die Volksschule hat den Anspruch, dass ihre Schüler die Hausaufgaben von zu Hause aus digital abliefern. Wie soll das möglich sein, wenn es immer wieder zu technischen Problemen kommt? Per Handy-Hotspot funktioniert es auch nicht, weil die Abdeckung nicht reicht, und der Hausanschluss gibt nicht einmal die gesetzlichen Mindestanforderungen von 2 MBit/s her. Es besteht also ein Handlungsbedarf, daher soll der Kanton aktiv werden. Landwirte, Schüler und ihre Familien sind auf eine bessere Handynetzausstattung oder einen besseren Hausanschluss angewiesen.

Giorgio Pardini: Ich erinnere daran, dass etwa die Swisscom, UPC oder Sunrise, um nur einige zu nennen, sehr viel in die Infrastruktur investieren, genauer gesagt Beträge in Milliardenhöhe. Das Problem besteht aber nicht bei den Unternehmungen, die nicht investieren wollen, sondern vielmehr bei den Privatkunden, also den Hausbesitzern. Die Swisscom musste ihr Projekt „Fibre to the home“ einstellen, weil die Hauseigentümer nicht dazu bereit waren, die Glasfaserkabel in die Wohnungen zu ziehen. Zwar verlangen alle nach dieser Dienstleistung, aber niemand ist bereit, die entsprechende Infrastruktur mitzufinanzieren. Die Übertragungsgeschwindigkeiten werden nicht nur über Glasfaser erhöht, sondern auch über die extraterrestrische Übertragung. In die extraterrestrische Übertragung müsste deshalb ebenfalls investiert werden. Ein Staat, der überall spart, wird aber kaum solche jährlichen Investitionen in der Höhe von 2 bis 3 Milliarden Franken vornehmen können. Es müssen aber alle mitinvestieren, sowohl die Hausbesitzer, die Gemeinden und insbesondere der Kanton, der seine Lobbyarbeit diesbezüglich intensivieren muss. Die grossen Unternehmungen investieren, es braucht aber ein Netzwerk, um diese Technologie weiterzuführen. Das ist aber nur möglich, wenn nicht weiterhin so gespart werden muss.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Datenmengen steigen rasant, die Ausbauarbeiten der Netzbetreiber schreiten fort, und die Ansprüche unserer Bevölkerung steigen. Grundsätzlich diskutieren wir hier über eine Bundesangelegenheit. Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) hat die Erschliessung sicherzustellen. Die Technik kann den steigenden Ansprüchen aber kaum folgen. Wie der Antwort entnommen werden kann, steht der Kanton Luzern im Vergleich mit anderen Kantonen gut da. Sowohl die Netzbetreiber als auch die Hausbesitzer investieren zwar enorm, es müssen aber noch weitere Anstrengungen unternommen werden. Wir haben in der Antwort erklärt, dass unser Rat keinen Handlungsbedarf erkenne. Dieser Satz bezieht sich aber nur auf eine uns bekannte, geringe Anzahl von Fällen, bei denen das Breitband nicht so funktioniert, wie es sollte. Das bedeutet aber nicht, dass wir den Trend der Digitalisierung nicht erkennen. Wir können auf das Thema aufmerksam machen, was wir anlässlich unserer jährlichen Treffen mit den grossen Netzbetreibern auch tun.